

Niederschrift
-öffentlicher Teil-

über die 3. Sitzung des Haupt- und Wirtschaftsausschusses am Donnerstag, dem 07.11.2019, von 17:00 Uhr bis 17:55 Uhr, Beratungsraum "Békécsaba" des Neuen Rathauses (1. Etage), Lutherstraße 56, 06886 Lutherstadt Wittenberg.

gez. Kirchner

(Jochen Kirchner)
geschäftsführender Vorsitzender

gez. Claußen

(Nicole Claußen)
Protokoll

Anwesenheitsliste

Name	Funktion Bemerkung
------	-----------------------

Stimmberechtigt

Franziska Buse	stimmberechtigtes Mitglied
Horst Dübner	stimmberechtigtes Mitglied
Stefan Kretschmar	stimmberechtigtes Mitglied
Heiner Friedrich List	stimmberechtigtes Mitglied
Reinhard Rauschnig	stimmberechtigtes Mitglied
Volker Scheurell	stimmberechtigtes Mitglied
Peter Thiele	stimmberechtigtes Mitglied Vertretung für SRin Dr. Bettina Lange
Marcus Wernicke	stimmberechtigtes Mitglied Vertretung für SR Reinhard Krause

Verwaltung

Jana Beyer	Fachbereichsleiterin Finanzen und Controlling
Julia Eichler	Fachbereichsleiterin Bürger und Service
Jochen Kirchner	Bürgermeister/Fachbereichsleiter Stadtentwicklung Vertretung für Herrn Torsten Zugehör
André Seidig	Leiter Justizariat

entschuldigt

Dr. Reinhild Hugentroth	beratendes Mitglied
Reinhard Krause	stimmberechtigtes Mitglied
Dr. Bettina Lange	stimmberechtigtes Mitglied
Torsten Zugehör	Ausschussvorsitzender

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde (Beginn: 17:00 Uhr)
4. Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der 2. Sitzung vom 10.10.2019
5. Annahme von Spenden an den Eigenbetrieb Kommunale Bildungseinrichtungen der Lutherstadt Wittenberg
Vorlage: BV-227/2019
6. Spende Jugendfeuerwehr
Vorlage: BV-228/2019
7. Spende DigitalPakt Schule
Vorlage: BV-232/2019
8. Anfragen zu Informationsvorlagen, allgemeine Anfragen und Anregungen sowie Mitteilungen der Verwaltung

Protokollierung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Der **geschäftsführende Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Haupt- und Wirtschaftsausschusses der Lutherstadt Wittenberg. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit mit 8 anwesenden Mitgliedern fest.

TOP 2 Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird **einstimmig** angenommen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde (Beginn: 17:00 Uhr)

Bürger Lausch berichtet, dass ihn heute ein Anruf einer Anwohnerin der Ringstraße erreicht habe. Diese fragte, ob die dort durchgeführten Baumfällarbeiten genehmigt wurden. Außerdem gäbe es eine starke Geruchsbelästigung in dem Gebiet.

Der **geschäftsführende Vorsitzende** bittet Frau Eichler, den Sachverhalt entsprechend an den Stadtordnungsdienst weiterzuleiten. Bzgl. der Baumfällarbeiten wird es eine schriftliche Antwort geben.

TOP 4 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift des öffentlichen Teils der 2. Sitzung vom 10.10.2019

Der **geschäftsführende Vorsitzende** lässt über die vorliegende Niederschrift abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen

Ja-Stimmen : 4

Nein-Stimmen : 0

Enthaltungen : 4

**TOP 5 Annahme von Spenden an den Eigenbetrieb Kommunale Bildungseinrichtungen der Lutherstadt Wittenberg
Vorlage: BV-227/2019**

Frau Beyer stellt die Beschlussvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der **geschäftsführende Vorsitzende** lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss-Nr.: II/1-3-19

Der Haupt-und Wirtschaftsausschuss der Lutherstadt Wittenberg beschließt die Annahme der Geldspende i. H. v. 1.250,00 Euro der Kubra GmbH sowie die Nutzung für die Neugestaltung des Kita-Geländes Fuchs und Elster Abtsdorf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

Ja-Stimmen : 8

Nein-Stimmen : 0

Enthaltungen : 0

**TOP 6 Spende Jugendfeuerwehr
Vorlage: BV-228/2019**

Frau Beyer stellt die Beschlussvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der **geschäftsführende Vorsitzende** lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss-Nr.: II/2-3-19

Der Haupt-und Wirtschaftsausschuss der Lutherstadt Wittenberg beschließt die Annahme der Geldspende in Höhe von 1.617,76 Euro der Edeka Markt GmbH sowie die Nutzung für die Förderung der Jugendfeuerwehr Wittenberg.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen
 Ja-Stimmen : 8
 Nein-Stimmen : 0
 Enthaltungen : 0

TOP 7 Spende DigitalPakt Schule
Vorlage: BV-232/2019

Der **geschäftsführende Vorsitzende** schlägt vor, den Spendern im Namen des Haupt- und Wirtschaftsausschusses besonders in Form eines Schreibens des Oberbürgermeisters zu danken.

Dieser Vorschlag wird seitens der Anwesenden befürwortet.

Frau Beyer stellt die Beschlussvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

SRin Buse fragt, wie umfanglich die Schulen mit dieser Spende ausgestattet werden können.

Der **geschäftsführende Vorsitzende** erklärt, dass den Stadträten, sobald ein Konzept erstellt wurde, weitere Informationen zur Verfügung gestellt werden bzw. eine Vorstellung in einer der Sitzungen des Haupt- und Wirtschaftsausschusses erfolgen wird.

SR Kretschmar fragt, wie viel Geld pro Kind zur Verfügung steht. Weiter möchte er wissen, wie viele Mittel für die Ausstattung der Schulen benötigt werden. Besser wäre es, eine Schule komplett auszustatten, so dass die Funktionalität gewährleistet wird, als alle Schulen gleichermaßen auszustatten, ohne dass die Funktionalität für alle gegeben ist.

SR Scheurell schließt sich SR Kretschmar an und ergänzt, dass zunächst jene Schulen gefördert werden sollten, welche die nötigen Voraussetzungen (Internetzugang, W-LAN etc.) bieten.

SR Dübner weist darauf hin, dass im Beschlusstext lediglich von Schulen die Rede ist und fragt sich, ob der Geldspender damit bewusst nur die Grundschulen fördern möchte.

SR Rauschning fragt, inwieweit das für die Beantragung der Fördermittel notwendige Konzept vorbereitet wurde.

Frau Eichler erklärt, dass federführend die Stadt und nicht der Eigenbetrieb KommBi für die Erstellung des Konzeptes und die Fördermittelbeantragung zuständig ist. Die personelle Aufstellung der IT-Abteilung wird dahingehend geprüft. Grundlage für die Fördermittelbeantragung ist jedoch ein bestehendes Konzept.

Der **geschäftsführende Vorsitzende** lässt über die Freigabe der Beschlussvorlage für den Stadtrat abstimmen.

Beschlussvorschlag an den Stadtrat:

Der Stadtrat der Lutherstadt Wittenberg beschließt die Annahme der geplanten Geldspende in Höhe von 400.000,00 Euro der SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH sowie die Nutzung für die Förderung des DigitalPaktes Schule.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen
 Ja-Stimmen : 8
 Nein-Stimmen : 0
 Enthaltungen : 0

TOP 8 Anfragen zu Informationsvorlagen, allgemeine Anfragen und Anregungen sowie Mitteilungen der Verwaltung

Frau Eichler teilt mit, dass der Stadtordnungsdienst wegen der Geruchsbelästigung bereits informiert wurde und den Sachverhalt aktuell prüft.

SR Dübner bezieht sich auf den offenen Brief des Herrn Düllmann und fragt, ob dieser an jede Fraktion versendet wurde.

Da dieser Brief nur SR Dübner vorliegt, bittet **Herr Seidig** die Protokollantin, die Ratspost aus dem Büro zu holen.

SR Kretschmar macht darauf aufmerksam, dass das Verfahren die Ratspost betreffend unglücklich ist. Er habe keine Kenntnis davon, dass die Möglichkeit besteht, Briefe generell öffnen und deren Inhalt einscannen zu lassen.

SR Rauschning erklärt, dass alle Fraktionsvorsitzenden Kenntnis davon hatten, da eine E-Mail bzgl. dieses Briefes versendet wurde.

SR Scheurell wirft ein, dass er keine Post erhalten habe.

Der **geschäftsführende Vorsitzende** sagt, das Verfahren werde intern beraten.

SR Kretschmar berichtet aus vergangener Zeit, in der Einladungen zwar digital versendet, aber die Originale in den Sitzungen bereitgestellt wurden. Durch den elektronischen Versand käme es dazu, nicht alle Termine im Blick zu behalten.

Herr Seidig sagt, es werde ein Vorschlag zum Verfahren in der nächsten Sitzung des Ältestenrates unterbreitet.

Frau Claußen verteilt die Briefe unter den Anwesenden.

SR List kritisiert, dass die Veranstaltung „100 Jahre Werkssiedlung Piesteritz“ durch die Stadt und nicht durch den Verein „Pro Piesteritz“ organisiert wurde. Der Verein sei vorab nicht gefragt worden, ob er die Organisation übernimmt. In den vergangenen Jahren wurden die Betriebskosten durch die Stadt bezuschusst. Da der Förderantrag des Vereines jedoch in diesem Jahr abgelehnt wurde, sei ihm finanzieller Schaden entstanden. Er fragt, weshalb der Förderantrag in diesem Jahr abgelehnt wurde.

Frau Eichler antwortet, dass sie von einem Förderantrag Kenntnis hat, der aufgrund parteipolitischer Interessen nicht förderfähig war und daher abgelehnt wurde. Sie wird dies jedoch noch einmal überprüfen.

SRin Buse wird einen Formulierungsvorschlag für die Antwort auf den offenen Brief unterbreiten.

SR Kretschmar und **SR Dübner** beziehen Stellung zu dem Brief.

SR Dübner bezieht sich auf den Doppelhaushalt und fragt nach dem Umgang mit den Beteiligungsberichten, Wirtschaftsplänen und Jahresabschlüssen.

Weiter spricht er das Konzept der SALEG für die Gartenanlage Am Stadtgraben an und fragt, wie die Verwaltung mit der Informationsvorlage umgehen wird. Diese wurde bisher in keinem Gremium aufgerufen.

Außerdem bittet er, sofern Unterlagen vorliegen, die Fraktionen über das Seminar in Leipzig, die Beteiligungsmöglichkeiten betreffend, zu informieren.

Zudem fragt er nach dem aktuellen Spendenstand bzgl. des Schweizer Pavillons und dem House of One.

Er bezieht sich auch auf die Diskussionen zum Lucas-Cranach-Preis und regt an, in der Ehrungssatzung konkret festzulegen, ob eine Verleihung postum möglich ist.

Weiterhin bittet er die Verwaltung, mitzuteilen, wann mit einer abschließenden Entscheidung bzgl. der Mittel für das Reformationsjubiläum zu rechnen ist.

Frau Beyer antwortet, dass bzgl. der Entscheidung zum Reformationsjubiläum keine neuen Informationen bekannt sind. Zudem würden die Mittel für den hohen Fehlbetrag im Jahr 2017 verwendet werden. Sofern Fehlbeträge aus vergangenen Jahren zu verzeichnen sind, ist es verpflichtend ein Haushaltskonsolidierungskonzept zu führen. Der Beteiligungsbericht wird erst jetzt erarbeitet, da die entsprechende Sachbearbeiterin seit über einem Jahr fehlte. Bzgl. der Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse werden voraussichtlich noch in diesem Jahr entsprechende Beschlüsse in den Sitzungen der Aufsichtsräte gefasst und den Stadträten anschließend zur Kenntnis gegeben.

SR Scheurell merkt an, dass er den offenen Brief nicht erhalten hat, jedoch mit dem Inhalt vertraut ist. Er meint, dass die Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten dürfe.

Er bezieht sich auf die Kleingartenanlage Am Stadtgraben und schlägt der Verwaltung vor, den Betroffenen, deren Gärten verkleinert werden sollen, andere Gärten und Unterstützung seitens der Stadt anzubieten, um die Situation etwas zu beruhigen.

Der **geschäftsführende Vorsitzende** erklärt, dass das Konzept am 18.11.2019 vorgestellt wird. Zu diesem Termin wurde auch die Politik geladen.

SR Dübner fragt, ob es Vorstellungen gibt, wie die Politik zum Kleingartenkonzept einbezogen werden soll.

Der **geschäftsführende Vorsitzende** meint, hierzu könne nach der Beratung ein Tagesordnungspunkt im Fachausschuss aufgenommen werden. Dies werde intern beraten und ein Vorschlag zum weiteren Verfahren unterbreitet.

SR Kretschmar bezieht sich auf das Schreiben zur sachlichen und zeitlichen Unabweisbarkeit und fragt, ob der gesamte Haushalt gesperrt ist und damit nur Ausgaben, welche sachlich und zeitlich unabweisbar sind, freigegeben werden dürfen.

Frau Beyer bestätigt seine Annahme.

SR Kretschmar wirft ein, dass der Antrag seinerseits im Stadtrat gestellt wurde, da es sich um Satzungs- und nicht um Haushaltsrecht handelt.

SR Dübner meint, dass es sich bei dem vom Stadtrat beschlossenen Punkt 10 im § 6 der Haushaltssatzung durchaus um Haushaltsrecht handelt. Die Kommunalaufsicht hat nicht verlangt, dass die Sperre über den gesamten Haushalt gelegt wird. Es handelt sich um eine Falschdarstellung, da die Kommunalaufsichtsbehörde mit der Genehmigungsverfügung lediglich verlangt hat, eine Sperre in Höhe des Defizitbetrages zu erlassen. Die Mehrheit des Stadtrates hat der Sperre über den gesamten Haushalt zugestimmt. Die im Stadtrat getroffene Aussage, eine Nachtragshaushaltssatzung könne nicht geändert werden, scheint ihm nicht richtig.

Frau Beyer erklärt, dass die haushaltswirtschaftliche Sperre dazu dient, im Jahresergebnis einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Daher ist die Forderung der Kommunalaufsichtsbehörde, nur diesen Betrag zu sperren, nicht umsetzbar. Damit würden bestimmte Produktkonten gesperrt und es müsste geprüft werden, was davon tatsächlich ausgegeben werden kann. In dem Moment müsste ein anderes Konto gesperrt werden, was zu einem erheblichen Aufwand führt. Daher wird der gesamte Haushalt gesperrt und jede Position auf die sachliche und zeitliche Unabweisbarkeit geprüft. Ziel ist es, den Fehlbetrag einzusparen, was nur durch die Gesamtsperre erreicht werden kann.

Der **geschäftsführende Vorsitzende** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:55 Uhr.